

Soll der Staat weiter die Kirche finanzieren?

LUXEMBURG – Mit dieser Frage hat sich der Verein AHA, der für eine Trennung von Kirche und Staat eintritt, sich an die Abgeordneten gewandt. Das Ergebnis überrascht wenig.



Laurent Schley, Vorsitzender von AHA. (Bild: Editpress)

Der Verein AHA (Allianz von Humanisten Atheisten und Agnostiker) hatte schon im April mit einer **Buskampagne** «Net reliéis? Stéi dozou!» (nicht religiös? steh dazu!) für Aufsehen gesorgt.

Nun legt der Verein nach. Am 19 April hat AHA an alle luxemburgischen Abgeordneten einen **Brief** mit drei Fragen gesendet. Im Vorfeld der Debatte über das Verhältnis zwischen Religionsgemeinschaften und Staat, das im luxemburgischen Parlament am kommenden Dienstag stattfinden soll, wollte AHA den Volksvertretern auf den Zahn fühlen. Die Abgeordneten wurden gebeten sich zum finanziellen Verhältnis zwischen Religionsgemeinschaften und Staat zu äußern.

Sitzverteilung im Luxemburger Parlament

26 CSV
13 LSAP
9 DP
7 Déi Gréng
4 ADR
1 Déi Lenk

Die **Auswertung** des AHA-Fragebogens im einzelnen

Eine Reform ist längst überfällig

Die Antworten läßt die Verantwortlichen von AHA auf eine baldige Wende im Großherzogtum hoffen: «Die Auswertung der individuellen Antworten und gemeinschaftlichen Reaktionen zeigt klar und deutlich, dass sich eine potenzielle Mehrheit der luxemburgischen Volksvertreter für eine Reform der finanziellen Verhältnisse zwischen Kirche und Staat ausspricht» heißt es in einer Pressemeldung vom Donnerstag.

Für die sieben Abgeordneten von Déi Greng ist «Eine Reform der gesetzlich geregelten Verhältnisse zwischen Staat und Glaubensgemeinschaften in Luxemburg mehr als überfällig.» Déi Greng **kündigten an** die Frage für die bevorstehenden Kommunalwahlen thematisieren zu wollen.

CSV isoliert?

Die DP, die sich ebenfalls an der Umfrage von AHA mit seinen acht Abgeordneten **beteiligte**, stößt in das gleiche Horn und hofft im Parlament auf eine offene Aussprache und konstruktive Vorschläge der Regierung. Auch bei zwei Abgeordneten des ADR fand die Frage nach Reformbedarf Anklang.

Laurent Schley, Vorsitzender von AHA sieht die CSV in der Frage isoliert und bedauert, das sich keiner der 26 Abgeordneten an der Umfrage beteiligte. Dennoch bleibt die CSV bei den derzeitigen Stimmenverhältnissen im Parlament

tonangebend. Denn wie die LSAP (13 Abgeordnete) in seiner [Antwort](#) an AHA wissen ließ, ist für eine Aufhebung der kirchlichen Rentenfinanzierung durch den Staat eine Verfassungsreform nötig, für die wiederum eine Zweidrittelmehrheit im Parlament zusammenkommen muss.

L'essentiel Online